

22 Js 2792/07

Bei Rückfragen und Schriftverkehr bitte obiges Aktenzeichen unbedingt angeben

Staatsanwaltschaft Ingolstadt, Auf der Schanz 37, 85049 Ingolstadt

Vertraulich zu behandeln  
Landratsamt Eichstätt -  
Lebensmittelüberwachung -  
Residenzplatz 2  
85072 Eichstätt

**Landratsamt Eichstätt**  
Dienststelle Ingolstadt  
Eing. 06. Dez. 2010

Ingolstadt 06.12.2010  
**Veterinärwesen / LU**  
T K WV  
13. Dez. 2010  
zur Erledigung:  
Rücksprache  
Eing. 07.12.2010  
Landratsamt Eichstätt  
K

Zum dortigen Aktenzeichen: 666 09022007

**Mitteilung nach Nr. 11 der Anordnung über Mitteilung in Strafsachen**

Die Mitteilung darf nur im Rahmen der §§ 19 Abs.1, 18 Abs.1 Satz 2 EGGVG verwertet werden, es sei denn, dass eine Zweck ändernde Nutzung ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Zweck ergibt sich aus der angegebenen Bestimmung der MISTRA. Sind die übermittelten Daten im Sinne von § 19 Abs.2 Satz 1 EGGVG nicht erforderlich, ist nach § 19 Abs.2 Satz 2 EGGVG zu verfahren.

01 Belegart.....: E  
02 Geburtsdatum.....:   
07 Geburtsname.....:   
09 Vorname.....:   
10 Geburtsort.....:   
11 Staatsangehörigkeit.....: Deutsch  
14 Letzte bekannte Anschrift.....:   
17 Datum der ersten Entscheidung....: 13.09.2010  
18 Aktenzeichen.....: 7 Cs 22 Js 2792/07  
19 Kennzeichen der erkennenden Stelle: D5701  
20 Erkennende Stelle in Langschrift.: AG Ingolstadt  
21 Rechtskraftdatum.....: 21.09.2010  
22 Datum der letzten Tat.....: 23.01.2007  
26 Geldstrafe in Tagessätzen.....: 60  
27 Höhe eines Tagessatzes.....: 40,00

**2002: Tatbezeichnung:**

Gewerbsmäßiges vorsätzliches Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die für den Verzehr durch den Menschen ungeeignet sind

**2013: Angewendete Vorschriften:**

LFGB § 59 Abs. 1 Nr. 8, § 11 Abs. 2 Nr. 1

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass diese Mitteilung aus Rationalisierungsgründen nicht unterschrieben ist.  
Plank, Justizangestellte

Ausfertigung

**Amtsgericht Ingolstadt**

Az.: 7 Cs 22 Js 2792/07

Rechtskräftig seit 21.9.10 und  
Ingolstadt, den 2. OKT. 2010  
Der Urkundsbeamte der  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts



**IM NAMEN DES VOLKES**

**Urteil**

Rechtskräftig seit 18.10.10  
Ingolstadt, den 1. OKT. 2010  
Der Urkundsbeamte der  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts

des Amtsgerichts Ingolstadt

In dem Strafverfahren gegen

1) [REDACTED]  
geboren am [REDACTED], verheiratet, Beruf: Braumeister, Staatsangehörigkeit:  
deutsch, wohnhaft: [REDACTED]

2) [REDACTED]  
geboren [REDACTED], Beruf: Geschäftsführer, Staatsangehörigkeit: deutsch,  
wohnhaft: [REDACTED]

Verteidiger:

Rechtsanwalt [REDACTED]

00421-07/TVS-mw

Rechtsanwalt [REDACTED]

3) [REDACTED]  
geboren am [REDACTED], ledig, Beruf: Braumeister, Staatsangehörigkeit:  
deutsch, wohnhaft: [REDACTED]

Verteidiger:

Rechtsanwältin [REDACTED]

wegen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz

aufgrund der Hauptverhandlungen vom 14.07.2010, 02.08.2010, 23.08.2010 und 13.09.2010,  
an der teilgenommen haben:

Richter am Amtsgericht [REDACTED]  
als Strafrichter

Staatsanwalt [REDACTED]  
als Vertreter der Staatsanwaltschaft

Rechtsanwalt [REDACTED] Rechtsanwalt [REDACTED] Rechtsanwalt [REDACTED] und Rechtsan-  
wältin [REDACTED]  
als Verteidiger

JAng [REDACTED] und JAng [REDACTED]  
als Urkundsbeamtinnen der Geschäftsstelle

Die Angeklagten [REDACTED] und [REDACTED] sind nach dem insoweit rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Ingolstadt vom 25.05.2007 jeweils des gewerbsmäßigen vorsätzlichen Inverkehrbringens von Lebensmitteln, die für den Verzehr durch den Menschen ungeeignet sind, schuldig.

Sie werden jeweils zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 40.- EUR verurteilt.

Der Angeklagte [REDACTED] wird von den oben genannten Vorwürfen freigesprochen.

Die Angeklagten [REDACTED] und [REDACTED] tragen die Kosten des Strafbefehlsverfahrens sowie ihre eigenen Auslagen; die notwendigen Auslagen des Angeklagten [REDACTED] trägt die Staatskasse.

**jeweils angewendete Vorschriften:**

§§ 59 I Nr. 8, 11 II Nr. 1 LFGB

## Gründe:

(hinsichtlich der beiden Angeklagten [REDACTED] und [REDACTED] abgekürzt gemäß § 267 IV StPO)

### I.

Die drei Angeklagten sind jeweils nicht vorbestraft.

### II.

Da die beiden Angeklagten [REDACTED] und [REDACTED] ihren Einspruch jeweils auf den Rechtsfolgenausspruch beschränkt haben, wird hinsichtlich des festgestellten Sachverhalts und der angewandten Vorschriften Bezug genommen.

### III.

Aufgrund der gesamten Tatumstände erschien bei beiden Angeklagten eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen schuld- und tatangemessen, wobei aufgrund der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Angeklagten die Tagessatzhöhe jeweils auf 40.- EUR festzusetzen war.

### IV.

Dem Angeklagten [REDACTED] lag als Geschäftsführer der [REDACTED] der gleiche Sachverhalt und der gleiche Tatvorwurf zur Last.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme war der Angeklagte aus tatsächlichen Gründen freizusprechen, da ihm bezüglich der am 23.01.2007 durch die Lebensmittelüberwachung des Landratsamtes [REDACTED] festgestellten Hygienemängel weder Vorsatz noch Fahrlässigkeit nachgewie-

sen werden konnte. Vielmehr hat die Beweisaufnahme ergeben, dass der Angeklagte [REDACTED] alle Maßnahmen getroffen hat, um die erforderlichen Hygienestandards zu erfüllen. Ihm kann auch kein sog. "Überwachungsverschulden" angelastet werden, da der damals verantwortliche Braumeister, der Mitangeklagte [REDACTED] über viele Jahre praktisch beanstandungsfrei tätig war. Zudem hat der Zeuge [REDACTED] vom Landratsamt [REDACTED] angegeben, dass es sich bei den am 23.01.2007 festgestellten Hygienemängeln aus seiner Sicht um einen "Ausreisser" gehandelt habe und die Mängel auch unverzüglich behoben worden seien.

V.

Die Kostenentscheidung beruht bezüglich der Angeklagten [REDACTED] und [REDACTED] auf §§ 464, 465 I StPO und bezüglich des Angeklagten [REDACTED] auf §§ 464, 467 I StPO.

gez.

[REDACTED]  
Richter am Amtsgericht



Für den Gleichlaut der Ausfertigung mit  
der Urschrift

Ingolstadt, 18.10.2010

[REDACTED] JAng  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle